

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Postbestellungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In der Geschäftsstelle. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Abnahme des Tagesblattes sind keine Vorauszahlungen erforderlich, wenn der Vertrag durch die Geschäftsstelle eingezogen wird. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Wilsdruff-Dresden: Die Geschäftsstelle befindet sich in der Poststraße 20. Die Geschäftsstelle der amtlichen Bekanntmachungen ist in der Poststraße 100. Die Geschäftsstelle der amtlichen Bekanntmachungen ist in der Poststraße 100. Die Geschäftsstelle der amtlichen Bekanntmachungen ist in der Poststraße 100.

Nr. 13. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag den 16. Januar 1925

Dr. Luther.

Aus parlamentarischen Kreisen wurde uns unterm 14. Januar geschrieben:

Die Ministerkrise hat eigentlich seit dem August vergangenen Jahres ununterbrochen das politische Leben, und zwar nicht nur das innen-, sondern auch das außenpolitische Leben Deutschlands schwer gezeichnet; sie fand nach der Wahl vom 7. Dezember eine vierwöchentliche Fortsetzung, bis März den Versuch, ein Kabinett zu bilden endlich aufgab. Dem bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther scheint der Versuch zu gelingen.

Dr. Luther kam von der Stellung als Oberbürgermeister in Essen Anfang Dezember 1922 auf den Sessel des Ernährungsministers im Kabinett Cuno. Man hat in letzter Zeit mehrfach rheinische Oberbürgermeister an verantwortungsvoller Stelle in der Reichsverwaltung gesehen und sie als wertvolle Kräfte erkennen müssen, denen häufig vermittelt und gelang, woran sich weniger Geschick die Köpfe einließen. Vermittlung ist gerade für diese rheinischen Oberbürgermeister schon Tradition, geschiedes Verhandeln ihre fast tägliche Aufgabe. Parteipolitisch liegen die Dinge in Rheinland-Westfalen so, daß in den Stadtverordnetenversammlungen, mit denen die dortigen Oberbürgermeister ja regieren müssen, drei Parteien, nämlich die Sozialdemokratie, das Zentrum und früher die Nationalliberalen, jetzt die Deutsche Volkspartei numerisch oder durch ihren Einfluß zu gleichen Teilen vertreten sind, so daß es dem Oberbürgermeister nur durch Verhandlungen gelingen kann, eine Mehrheit für irgendeine Vorlage herbeizuführen. Diese Verhandlungsgeschicklichkeit, langwieriger Übung entsprossen, hat nun auch Dr. Luther wieder bewiesen, der, im Jahre 1879 in Berlin geboren, als Assessor 1906 in den Magistratsdienst der Stadt Charlottenburg übertrat. Er wurde dann schon im nächsten Jahre Stadtrat von Magdeburg, 1913 Geschäftsführer des Deutschen und Preussischen Städtetages und schließlich 1913 Oberbürgermeister von Essen.

Nachdem der erste Ernährungsminister des Kabinetts Cuno ausgeschieden war, wurde der neue Minister Dr. Luther vor eine mit den Monaten wachsende Aufgabe gestellt, nämlich dem durch den Einbruch in schwerste Bedrängnis geratenen Ruhrgebiet die Ernährung zu sichern. Doch weniger als solcher, als Ernährungsminister unter Cuno gewann er an Bedeutung, sondern vor allem als Reichsfinanzminister in den Kabinetten Dr. Stresemann und dann März. Denn unter ihm als Finanzminister ist die Rentenmark eingeführt worden; er vor allem trug die Verantwortung, die furchtbar schwere Verantwortung nicht nur für die Einführung dieser lebenserhaltenden Währung, sondern vor allem dafür, daß diese stabilisierte Währung nicht durch eine neue Inflation wieder hinweggeschwemmt wurde. Und dafür war Dr. Luther der richtige Mann. Wie ein Fels stand er im Meer der Forderungen, die von allen Seiten an ihn heranprallten, Gebaltsforderungen für die Beamten, Sachforderungen für Neuanschaffungen — aber Luther hielt den Damm fest auf dem Portenmonnaie des Reiches. Er hatte eine Macht wie nie ein Finanzminister vor ihm, denn durch Reichspräsidentenverordnung war bestimmt worden, daß ohne seine Zustimmung keine Neuausgabe erfolgen sollte, selbst dann nicht, wenn der Reichstag den Wunsch danach aussprach. Von allen Seiten immer und immer wieder ist dem Reichsfinanzminister zugekehrt worden, wurde unter den schärfsten Streifrohbungen versucht, Gehalts- oder Lohnaufbesserungen zu erringen, — er ist nie gewandt und gewichen. Wenn auch seinem Kopf nicht der Gedanke der Rentenmark entsprungen ist — neidlos hat er das Verdienst daran dankbar anderen zugesprochen — so ist doch sein Verdienst, die Rentenmark gehalten zu haben, ein nicht minder großes. Das Unerhörte geschah: das Reich, das in einer geradezu entsetzlichen Verfallwirtschaft seit Jahren verstrickt war, kam aus diesem Sumpf heraus, erzielte bei seiner Wirtschaft sogar Überschüsse. Dr. Luther war aber auch der Treiber bei den Versuchen, den Verwaltungsapparat des Reiches im Interesse größter Sparsamkeit einzuschränken und der wachsenden Amtvermehrung rücksichtslos entgegenzutreten.

Der immer freundliche, immer entgegenkommende Mann konnte unerbitlich Nein sagen, ein stark umbragelames Nein. Er ist wirklich überparteilich, denn alle Parteien von rechts bis links haben den Mann schon gelernt, der jetzt Reichsminister werden soll. Gleichgültig, ob ein Kabinett der Rechten oder der Linken oder der Mitte gebildet werden wäre, gleichgültig auch durch welche Persönlichkeiten, — daß in allen diesen Kabinetten Dr. Luther Reichsfinanzminister geblieben wäre, war für alle eine Selbstverständlichkeit. Das ist fast sensationell in Deutschland. Wenn er legt in seinem eigenen Ressort einen Nachfolger erhält, so kann sich Deutschland nur wünschen, daß er im Geiste Dr. Luthers fortarbeiten.

Regierungsvorstellung Freitag.

Berlin, 14. Januar.

Die der Regierungsbildung durch Dr. Luther noch entzweigenden Schwierigkeiten sollen nach allgemeiner

Annahme noch heute abend hinweggeräumt werden, so daß morgen die Vertrauensfrage Dr. Luthers Entscheidung werden soll. Die Schwierigkeiten drehten sich hauptsächlich um die Amtverteilung. Während zuerst der deutschnationale Abg. Wallraf als Innenminister genannt wurde, hörte man später den Namen des Zentrumsmittgl. Oberbürgermeister A. Denauer. Zuletzt bezeichnete man heute den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Abg. Schiele als kommenden Reichsinnenminister. Als Reichsfinanzminister kam der deutschnationale Abg. Hergt in Betracht, für Post und Verkehr von den Deutschnationalen in Vorschlag gebrachte Fachminister. Von den übrigen Parteien wurden wieder die schon bekannten Namen erwähnt. Für Freitag steht man der Vorstellung des Kabinetts im Reichstag entgegen. Behauptet wird, es sei in der Vertrauensfrage eine Einigung zwischen den Fraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen erzielt worden. Danach soll dem neuen Kabinett Luther zunächst nur die Billigung der Regierungsparteien ausgesprochen werden.

Der amtliche Bericht über die Versuche der Regierungsbildung.

Berlin, 14. Jan. Die heutigen informativischen Besprechungen des Reichsministers Dr. Luther mit den Fraktionsvertretern haben zu einer grundsätzlichen Klarheit über die neu zu bildende Regierung gemäß den bereits bekannt gegebenen Plänen Dr. Luthers (Vertrauens- und Fachminister) und über die Personfrage geführt. Dagegen sind die Erörterungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung ausgesprochen werden soll, noch nicht in allen Fraktionen abgeschlossen. Von der Erledigung dieser Frage, die morgen Donnerstag vormittag zu erwarten ist, hängt die Bildung der beabsichtigten Regierung ab. Bei dieser Sachlage hat Reichsminister Dr. Luther dem Reichspräsidenten in später Abendstunde berichtet, daß seine informativische Aufgabe abgeschlossen sei und daß er bereit sei, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Der deutschnationalen Fraktion hat Dr. Luther nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Koch, hat dem Minister vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion geantwortet, daß trotz ernstlicher Bedenken die Fraktion bereit sei, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Die voraussichtliche Ministerliste.

Berlin, 14. Januar. Die Besprechungen des früheren Reichspostministers Stengel mit dem Finanzminister Dr. Luther

zogen sich sehr lange hin. Sie sollen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es handelt sich darum, daß die Bayerische Volkspartei ihr Mitglied Stengel, das aber nicht in der Fraktion sitzt, wohl als Fachminister begrüßen könnte, aber ihn nicht als Fraktionsvertreter im Kabinett betrachte und daher außerdem noch ein Mitglied der Fraktion in das Kabinett aufgenommen haben wollte. Um 9,30 Uhr gab Dr. Luther bekannt, daß erst nach Verlauf einer Stunde eine abschließende Mitteilung gemacht werden könne, nachdem er noch dem Reichspräsidenten über die Lage Bericht erstattet habe. In den Abendstunden ist in parlamentarischen Kreisen die voraussichtliche Ministerliste mit folgenden Namen: Reichsminister Dr. Luther, Inneres: Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei), Finanzen: Sämisch (Deutsche Volkspartei), Wirtschaft: Neuhaus (Deutschnatl. Volkspartei), Arbeit: Brauns (Zentrum), Justiz und besetzte Gebiete: Dr. Schellen-Düffelbeck (Zentrum), Wehrmacht: Dr. Schuler (Dem.), Reichspost: Stengel (Bayerische Volkspartei), Ernährung und Landwirtschaft: Graf Rantz. Für das Verkehrsministerium ist noch kein bestimmter Anwärter genannt.

General Allen gegen die Ruhrbesetzung

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
New York, 15. Januar. General Allen, der Befehlshaber der ehemaligen amerikanischen Rheinlandtruppen, bezweifelte in einer Rede, ob Deutschland fähig sei, die von den Alliierten geforderten Reparationszahlungen aufzubringen. Er hält es praktisch für unmöglich, diese Summe aufzubringen. Außerdem betonte der General, daß die Ruhrbesetzung ein sehr zweifelhaftes Unternehmen sei und drückte sein Bedauern darüber aus, daß es der Dawesplan unterlassen habe, die Räumung des besetzten Gebietes vorzusehen.

Neue Kriegsgerichtsurteile gegen deutsche Offiziere.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Paris, 15. Januar. Nach dem „Journal“ wird das Kriegsgericht in Lüttich morgen den Obersten von Theumann und den Major von Heidemann wegen Mordes an 121 Personen in contumaciam aburteilen. Die Anklage behauptet, daß Oberst von Theumann Ende August 1914 den Befehl gegeben habe, mehrere Einwohner der Stadt Rossinot, die als Geiseln festgenommen waren, zu erschießen. Major von Heidemann soll das Urteil vollzogen haben.

Noch keine Entscheidung in Preußen.

Preussischer Landtag.

(4. Sitzung.) u. Berlin, 14. Januar.

Die heutige Sitzung, die die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Entscheidung über den Fortbestand des gegenwärtigen Staatsministeriums bringen soll, weist im Saal und auf den Tribünen einen außerordentlich starken Besuch auf.

Beileidskundgebung zur Herner Katastrophe.

Präsident Barck geleitet bei der Eröffnung der Opfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks von Herner. Während die Abgeordneten aller Fraktionen sich von den Ehren erhoben haben, erbittet und erhält er die Ermächtigung, den Angehörigen der Opfer die Teilnahme des Landtags auszubringen.

Mit Heiterkeit wird die Mitteilung des Präsidenten angenommen, daß die kommunistische Abgeordnete Frau Goffe (Luth-Hilger) auf ihr Landtagsmandat verzichten hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Bied (Komm.), die kommunistische Fraktion habe wichtige Mitteilungen über die wirtlichen Ursachen des Herner Eisenbahnunglücks erhalten. Die Katastrophe hätte verhindert werden können, wenn nicht der für die Sicherung des Junges in solcher Fällen bestimmte zweite Beamte von der Reichsbahn-Gesellschaft abgelaufen worden wäre. (Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Abwahlung der kommunistischen Abgeordneten Leveemann, Schulz-Bredlau und Schubert. Gemäß dem Antrag des Ausschusses, dessen Bericht Abg. Veltner (Soz.) erstattet, wird beschloffen, die Abwahlung abzulehnen. Die in der ersten Sitzung gewählten Beisitzer erklären die Annahme ihrer Wahl.

Erklärung des Ministerpräsidenten Braun.

Bei den ersten Worten des Ministerpräsidenten Braun verlassen die meisten deutschnationalen Abgeordneten den Saal, während die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei sitzen bleiben.

Der Ministerpräsident erklärt zunächst, es sei eine tatsächliche Auslegung des Verfassungsartikels 45, wenn gesagt werde, das Staatsministerium mühe nach jeder Wahl des Landtags zurücktreten. Man dürfe nicht aus parteipolitischen

Erwägungen eine Änderung der Verfassung verlangen, dazu sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wenn der Ministerpräsident in einer wichtigen Frage nicht die Mehrheit des Landtags findet und durch eine Auflösung des Landtags an die Wähler appelliert mit dem Erlaß, daß die große Mehrheit des Volkes sich für ihn erklärt, so wäre es doch ein Unfug, wenn er dann zurücktreten müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit handelt es sich hier auch nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine eminent politische Frage. Man will durch die Anwendung formaljuristischer Argumente um eine klare Aussprache über die politische Frage der großen Koalition

herankommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Der Ministerpräsident gibt nach dieser Einleitung einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit und die Ergebnisse der bisherigen Regierung der großen Koalition. Er wird dabei wiederholt von den Kommunisten und Nationalsozialisten mit dem Ruf „Parasit! Kuntzler! Zerhandlung!“ unterbrochen. Unter der Regierung der großen Koalition, so führt er aus, ist es gelungen, Preußen im Gegensatz zu andern Ländern vor ernsteren Unruhen zu bewahren. Das Finanzwesen hat sich in den ihm durch die Reichsregierung gezogenen Grenzen ständig entwickelt. Mit dem Gebiete der sozialen Fürsorge hat Preußen große Leistungen aufzuweisen, ebenso in der Wohnungs- und Erwerbspolitik. Unter der bisherigen Regierung sind 61000 Forderungen erachtet worden. — Der Ministerpräsident geht weiter auf die Leistungen im Schulwesen und in den übrigen Bereichen ein. Als er von der Justizverwaltung spricht, wendet er die Kommunisten färmende Zwischenrufe, ebenso bei der Erwähnung des Volkshilfswesens. Mit Verfall werden die Fälle angenommen, in denen Ministerpräsident Braun der Rheinischen Bevölkerung Post und Anerkennung ausdrückt für ihre monarke Haltung unter der fremden Regierung. Eine solches System Zerküftung, so antwortet er auf einen kommunistischen Zuruf, händen das Reich und Preußen heute nicht so fest und geklaffen da. (Beifall in der Mitte.)

Nach der Rede des Ministerpräsidenten betreten die Deutschnationalen wieder den Saal. Daum wird der Antrag beantragt. Im Hauptausschuß wird der Antrag beantragt mit 206 gegen 199 Stimmen angenommen. Das Land verlangt sich auf Freitag, 16. Januar, nach dem ordnungsgemäßen Verlauf über die Ministerliste